

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe November 2022: Themen im Bund

Einigung beim Bürgergeld

Die Parteien der Ampelkoalition und die CDU/CSU haben einen Kompromiss beim geplanten Bürgergeld gefunden. Das teilten Vertreter der Parteien mit. Die Union konnte ihre Forderung nach mehr Sanktionen für Empfänger durchsetzen. Die Ampel hatte eine "Vertrauenszeit" von sechs Monaten vorgesehen, in denen es keine Sanktionen geben sollte. Auf diese "Vertrauenszeit" wird nun komplett verzichtet. Stattdessen sollen von Anfang an Leistungsminderungen greifen, wenn Arbeitslose sich zum Beispiel nicht für einen Job bewerben, obwohl dies mit dem Jobcenter vereinbart war. Dafür wurde ein Stufenmodell vereinbart.

Zudem hatten CDU und CSU gefordert, dass Betroffene weniger eigenes Vermögen behalten dürfen, wenn sie die staatliche Leistung erhalten. Die Ampel hatte ein Schonvermögen von 60.000 Euro geplant. Der Kompromiss sieht nun einen Betrag von 40.000 Euro für die erste Person einer Bedarfsgemeinschaft vor und 15.000 Euro für jede weitere. Es gilt eine Karenzzeit von einem Jahr - die Ampel hatte zwei Jahre gewollt. In dieser Zeit müssen Leistungsbezieher das Ersparte nicht aufbrauchen. Die Altersvorsorge wird davon komplett ausgenommen und geschützt. Die großzügigeren Zuverdienstgrenzen sollen bestehen bleiben, zum Beispiel für Jugendliche, die nebenbei jobben. Dafür hatte sich die FDP eingesetzt.

„Wir haben auf die Vertrauenszeit verzichtet“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann. „Ich bedaure das sehr.“ Es sei aber weiterhin Kern der Reform, Menschen nicht in "irgendeine Tätigkeit" zu bringen, sondern zu qualifizieren und dauerhaft in Arbeit zu bringen, so Haßelmann. SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Katja Mast sprach von einem "tragfähigen Kompromiss im Sinne der Sache". FDP-Parlamentsgeschäftsführer Johannes Vogel sagte, es sei gelungen, "ein gutes Gesetz noch besser zu machen." Unionsfraktionschef Friedrich Merz wertete den Kompromiss als Erfolg: CDU und CSU hätten sich in den Beratungen mit der Ampel weitgehend durchgesetzt. "Die Koalition war sehr schnell und - zu meiner Überraschung - sehr weitgehend bereit, hier Kompromisse zu machen", sagte er. Als größten Erfolg wertete Merz den Verzicht auf die Vertrauenszeit: "Damit ist der Kern des Bürgergelds, wie die Koalition es geplant hatte, komplett gestrichen." CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte: "Wir haben schwere Systemfehler im Hartz-IV-Update beseitigen können."

Morgen kommt der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zusammen, um über die Vorschläge zu beraten. Wenn sich die Einigung bestätigen sollte, könnte die Sozialreform Ende der Woche die letzte Hürde nehmen. Nach den Plänen der Bundesregierung soll sie zum

Januar in Kraft treten und das heutige Hartz-IV-System ablösen. Das Bürgergeld sieht unter anderem höhere Regelsätze und eine bessere Betreuung von Arbeitslosen vor.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/einigung-buergergeld-101.html>

Deutschland packt das. Mit Entlastungen für dich.

Über den folgenden Link kannst du herausfinden wie du entlastet wirst:

<https://www.spd.de/aktuelles/deutschlandpacktdas/>

>>>Weitere Infos findest du in der Anlage zum Thema Entlastungen der Bundesregierung.

"Es geht einfach zu langsam vorwärts"

Nach der UN-Klimakonferenz wird der beschlossene Kompromiss in Deutschland teils als Erfolg und teils als Enttäuschung gesehen. Die Bundesregierung sagte eine entschiedene Klimapolitik zu. Aktivisten gehen die Ergebnisse nicht weit genug. Das wichtigste Ergebnis in der mit anderthalbtägiger Verspätung beschlossenen Abschlusserklärung bei der UN-Klimakonferenz ist die Weichenstellung für einen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden. [...] Mehrere Staaten blockierten Beschlüsse für eine weitere Reduktion von Treibhausgasemissionen. "Aber das ist das, was wir brauchen, die gesamte Welt muss CO2 reduzieren." Und auch was die Finanzierung des Entschädigungsfonds angehe, müssten sich alle beteiligen, so Schulze. Man brauche sowohl China als auch die USA oder die arabischen Staaten. "Es werden alle mitfinanzieren müssen. "

Erfolg wertete die SPD-Politikerin, dass das Thema Schäden und Verluste erstmals auf der Tagesordnung stand und es dazu ein konkretes Ergebnis gegeben hat. "Durch die vielen, auch die gesagt haben, es muss jetzt mehr passieren, ist da Dynamik reingekommen. Und das erhofft man sich immer von diesen Klimakonferenzen." Durch die aktuellen Krisen, wie die Corona-Pandemie und die Energiekrise, dürfe der Klimaschutz nicht ausgebremst werden, erklärte Schulze. Die Folgen seien bereits jetzt sichtbar. "Der Klimawandel wartet nicht darauf, bis wir mit unseren Problemen gerade fertig sind. [...]"

"Keine neuen fossilen Abhängigkeiten" Klimaaktivistinnen und -aktivisten hatten sich mehr von der UN-Klimakonferenz erhofft. Der Entschädigungsfonds sei ein positives Zeichen, sagte Carla Reemtsma, Sprecherin der Klimabewegung "Fridays for Future" im Bericht aus Berlin, aber die COP24 habe gezeigt, dass die Anstrengungen der Staatengemeinschaft nicht ausreiche. "Alle Staaten hätten verschärfte Klimaziele vorlegen müssen", so Reemtsma. Das habe nicht einmal jeder achte Staat getan. Und vor allem die Industrieländer erfüllten ihre Ziele nicht einmal - auch Deutschland. Kritik übte die Klimaktivistin auch an dem geplanten Projekt im Senegal, dort neue Gasfelder zu erschließen, um von russischem Gas unabhängig zu werden. "Wir können jetzt nicht neue fossile Abhängigkeiten aufbauen" erklärte Reemtsma.

Deutschland müsse so schnell wie möglich raus aus Kohle, Öl und Gas und nicht wie es jetzt in der Abschlusserklärung der Klimakonferenz stehe, nur aus Kohle. Der Bundesregierung warf sie

vor keine konsequenten Konzepte zu haben und die Klimakrise nicht ernst genug zu nehmen. Und das gerade in einer Zeit wo deutlich werde, dass fossile Energien nicht nur klimapolitisch, sondern auch geopolitische ein Sicherheitsrisiko seien. NABU hält 1,5-Grad-Ziel für "zunehmend unwahrscheinlich" "Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) hält dabei das zentrale 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung für "zunehmend unwahrscheinlich". NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger sagte dazu: "Die Staaten konnten und wollten sich nicht auf einen belastbaren und verbindlichen Ausstiegspfad aus der fossilen Energie einigen." Auch Deutschland habe sich "mit seiner aktuellen Gas-Einkaufstour als schlechtes Vorbild präsentiert", kritisierte er. Mit der Einigung zur Finanzierung von Schäden und Verlusten sei zwar "ganz am Ende noch ein großer Schritt nach vorn gemacht", so Krüger. "Allerdings ohne Raumgewinn. "Als "äußerst ernüchternd" bewertete auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) das Ergebnis der Konferenz. "Wie eine Schneelawine nimmt die Klimakrise dramatisch an Fahrt auf. Die Weltgemeinschaft hat in Ägypten viel geredet, aber nur halbherzig agiert", erklärte BUND-Geschäftsführerin Antje von Brook. "So wird das 1,5-Grad-Limit schnell überschritten. Viele Teile der Erde werden unbewohnbar."

Neubauer: Anklänge eines "Paralleluniversums" Ein vernichtendes Zeugnis stellte Klimaaktivistin Luisa Neubauer aus. "Die Entscheidung spielt die heutigen Opfer der Klimakrise gegen die morgigen Opfer der Klimakrise aus", sagte sie der Nachrichtenagentur dpa. Zwar sei der Durchbruch auf Ausgleichszahlungen für Klimaschäden "ein ganz dringender Erfolg" für ein Mindestmaß an Gerechtigkeit. Gleichzeitig sei es zynisch, Ländern einerseits bei Schäden und Verlusten zu helfen "und auf der anderen Seite hier gemeinsam etwas zu entscheiden, was so unendlich viel mehr Schäden und Verluste verursachen wird". Die Staatengemeinschaft habe es nicht geschafft, ein Ende der fossilen Energien zu beschließen, obwohl man auf der 27. Klimakonferenz eine Krise diskutiere, die von fossilen Energien verursacht werde. Das habe Anklänge eines "Paralleluniversums". "Falls irgendwer gehofft hatte, dass das hier der Ort ist, wo die Klimakrise bewältigt wird, können wir verkünden, dass das nicht der Fall ist. Das ist hart", sagte Neubauer, die Mitglied der Grünen ist.

Martin Kaiser von Greenpeace Deutschland kritisierte, der Klimaschäden-Fonds sei nur "ein kleines Pflaster auf einer riesigen klaffenden Wunde". Da die COP27 keine "klare Entscheidung zum dringend notwendigen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas" getroffen habe, riskiere sie "in fahrlässiger Weise die Einhaltung des 1,5-Grad-Limits".

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/cop27-klimakonferenz-ende-103.html>

Wie Bottrop den CO2-Ausstoß halbiert hat

In nur zehn Jahren hat Bottrop seinen CO2-Ausstoß halbiert. Längst gilt die Stadt als Vorbild für andere Industriestandorte. Wie war es möglich, eine einst vom Bergbau geprägte Stadt in so kurzer Zeit umzubauen?

[...]

Der Umbau der Stadt begann im Jahr 2010, ein Pilotprojekt. Für Oberbürgermeister Bernd Tischler stand damals fest: Städte sind für etwa 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs und über 70 Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich. "Die Energiewende ist also nur

möglich, wenn wir genau da ansetzen und unsere Städte umgestalten. "Schon im Studium hatte sich Tischler mit ökologischem Städtebau befasst. Doch wie setzt man ökologische Konzepte in einer vom Steinkohlebergbau geprägten Stadt um, in der gerade die letzten Zechen geschlossen hatten? Viele Menschen waren arbeitslos und kamen gerade so über die Runden, erinnert sich Tischler.

Die größte Herausforderung: wie nimmt man Einkommensschwachen die Angst, in den ökologischen Umbau ihrer Wohnungen und Häuser zu investieren? Tischler war überzeugt:

„Man muss sie ermutigen, je nach Geldbeutel ihr Haus oder ihre Wohnung ökologisch umzubauen. Zuerst die Fenster, dann die Fassaden. Immer mit Zuschüssen von der Stadt oder vom Land.“

Nach und nach werden in Bottrop alte Heizungsanlagen ausgetauscht, Häuser an das Fernwärmenetz angeschlossen und sogenannte "Zukunftshäuser" gebaut, die nach ihrer bautechnischen Sanierung mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Eigentümerinnen und Eigentümer erhalten dafür Zuschüsse.

[...]

Bottrop belegt mittlerweile unter allen Großstädten in Nordrhein-Westfalen auch den Spitzenplatz bei der Photovoltaik-Dichte pro Einwohner. In jener Stadt, in der die Ära der Steinkohle mit der Schließung des letzten Bergwerks zu Ende gegangen ist, wird jetzt Klimazukunft geschrieben. [...]

Die frühere Bundesumwelt- und heutige Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze begleitet die Entwicklungen der "InnovationCity" seit mehreren Jahren: "Klimaschutz ist nicht nur Weltpolitik, sondern wird vor Ort entschieden und gestaltet. Bottrop ist dabei Vorreiter und hat als InnovationCity den Sprung in die Zukunft vorgemacht", betont die SPD-Politikerin. Und auch Bundeskanzler Olaf Scholz lobt bei den Feierlichkeiten zum Abschluss des Pilotprojekts: "Das macht Mut in Hinblick auf die weitere Entwicklung unseres Landes."

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimavorbild-bottrop-101.html>

Auf dem Weg zu einer "Armee der Drohnen"

Russland und die Ukraine setzen im Krieg auf den Einsatz von Drohnen: vom kleinen Flieger bis zur Hightech-Kampfdrohne. Auch in Entwicklungsländern zeigt sich der Trend - und in den Auftragsbüchern der Industrie.

[...]

Tausende Drohnenpiloten sind seit April in dieser Drohnenschule bei Kiew und in 16 weiteren im Land ausgebildet worden. Die Einrichtungen sind benannt nach dem Programm, das Präsident Wolodymyr Selenskyj schon kurz nach dem russischen Einmarsch ins Leben gerufen hat: "Armee der Drohnen". Drohnen spähen den Gegner aus, warnen die eigenen Truppen vor Hinterhalten, helfen der Artillerie oder werfen - oft durch selbst gebaute Vorrichtungen ergänzt - kleine Sprengsätze in die Schützengräben der Gegner. Die Sprengwirkung mag begrenzt sein,

und dennoch: "Die Leute, die in den Gräben sitzen, können keine Routine entwickeln, weil sie immer in der Angst leben, getroffen zu werden", sagt Militärexperte Gustav Gressel. "Das zermürbt dann langsam die Moral der Truppe, die dort eingesetzt ist."

Längst aber vertraut die Ukraine nicht mehr nur auf die kleinen Fluggeräte aus dem Warenhausregal, von denen inzwischen viele gespendet oder durch Crowdfunding beschafft werden. So konnten sie schon in einer frühen Kriegsphase die türkische Kampfdrohne Bayraktar TB2 einsetzen. Südlich von Kiew soll eine eigene Produktionsstätte aufgebaut werden, zur Herstellung und Wartung von Bayraktar-Drohnen. Sie kann eine Waffenlast von 150 Kilogramm tragen und mit verschiedenen Rüstsätzen ausgestattet werden. So wurde sie zum Kassenschlager der Türkei in mehr als einem Dutzend Ländern - und 2020 zu einer wichtigen Waffe im Kriegsverlauf zwischen Aserbaidschan und Armenien.

Natürlich ist auch Russland im Drohnenwettbewerb mit dabei, hat aber Nachholbedarf. So kam es, dass Moskau nun massenhaft Drohnen im Iran kauft, allen voran sogenannte "Kamikaze-Drohnen" der Shahed-Reihe, die einen relativ kleinen Sprengkopf tragen und sich auf einprogrammierte Ziele stürzen. Zuletzt setzte die russische Armee die Drohnen für massive Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur und auf ukrainische Städte ein. Nach Medienberichten will Russland nun selbst eine Produktionsstätte für Shahed-Drohnen aufbauen - ein entsprechendes Abkommen sei zwischen Moskau und Teheran geschlossen worden, schreibt die "Washington Post" unter Berufung auf Geheimdienstinformationen. [...]

Der Vorteil: Eine einfache Steuerung. Fast die ganze Bandbreite an Drohnenkategorien lässt sich derzeit im Krieg zwischen der Ukraine und Russland im Einsatz zeigen. "Viele Drohnen sind einfach zu steuern und werden künftig immer autonom vom Menschen. Es ist klar, dass sie die Kriegsführung der Zukunft mitbestimmen werden", sagt Yehor Nikolaiev, Leiter der Kiewer Drohnenschule "Armee der Drohnen". Im Geschäft der Rüstungskonzerne spielen sie schon heute eine gewichtige Rolle - nach Prognosen von Marktforschern könnte sich der Umsatz bei militärischen Drohnen weltweit bis zum Ende des Jahrzehnts auf etwa 30 Milliarden Dollar verdreifachen.

[...]

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-krieg-drohnen-101.html>

Weitere Themen als Link:

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/public-viewing-wm-katar-101.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/faeser-153.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sondervoegen-ruesting-inflation-101.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/deutschland-china-115.html>